

**Protokoll:**

Rm Kübler (CDU) legt dar, zurzeit seien Schulsozialarbeiter vom Land nur bei Schulen mit Berufsqualifizierendem Abschluss vorgesehen. Dies reiche nicht aus, da immer mehr Fälle auftreten würden. Nicht nur problembehaftete Schüler bräuchten Hilfe, sondern die Schulen für ihr positives Klima insgesamt. Es sei unabdingbar, dass man die Schulsozialarbeit auch an Grundschulen installiere, um frühzeitig eingreifen zu können und die Entwicklungschancen zu erhöhen.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein trägt die Stellungnahme der Verwaltung (ST/0049/2010) vor

Rm Pilger (SPD) regt an, den Antrag zu modifizieren und zu überlegen, eine Prioritätenliste für Schulen in den sozialen Brennpunkten in Koblenz anzufertigen.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann wendet ein, dass wenn er mit diesem Beschlusstenor nach Mainz käme, man nichts konkret bewegen würde. Es ginge nur mit einer konkreten Liste. Daher heiße er die Empfehlung der Verwaltung gut.

Rm Langner (SPD), MdL, beschreibt, der Vorschlag mache deutlich, dass die Schulsozialarbeit eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe wäre. Die Landesregierung habe mit den unterstützenden Geldern Begehrlichkeiten geweckt, die nicht berechtigt seien.

Rm Keul-Göbel (CDU) stellt fest, dass sie nicht zu dem Punkt gesprochen habe und beantragt den Schluss der Debatte.

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich den Schluss der Debatte.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann schlägt vor, die Empfehlung der Verwaltung aufzunehmen und stellt diese mit Zustimmung des Antragstellers zur Abstimmung.